

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 27 – Offensive für Familien -

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 120.02 / 15.05.2002

Kinderfreundlichkeit im Alltag ist auch Werteerziehung

Der CDU Entschließungsantrag zur heutigen Sitzung hat meine Fraktion anfangs etwas ratlos gestimmt.

- Da wird die Familienpolitik der alten CDU-Bundesregierung gelobt - obwohl unter ihr Kinder zum Armutsrisiko Nr. 1 geworden sind.
- Da wird die Verankerung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz gelobt – ebenso von der alten CDU-Bundesregierung eingeführt - ohne zu erwähnen, dass Ländern und Kommunen die Finanzierung aufgebürdet wurde.
- Da wird die Belastung für Familien durch die Ökosteuer und die Tabaksteuer bemängelt - aber die CDU selber belastete die Familien über Gebühr mit der Erhöhung der Mineralölsteuer, der Erhöhung der Lohnnebenkosten, mit der Einführung der Pflegeversicherung, des Solidaritätsbeitrages u.s.w..
- Da wird beklagt, dass der Anteil junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zurückgegangen ist - ohne mit nur einem Wort zu erwähnen, dass unter der Regierung Kohl immer mehr Familien in die Sozialhilfe abgerutscht sind.

Deshalb haben wir einen eigenen Antrag erarbeiten, der drei Themen in den Vordergrund stellt: die Betreuungsstrukturen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Wertebestimmung.

Wir haben aus grüner Sicht Werte für unsere Gesellschaft definiert und kurz- und mittelfristige Ziele für eine kinderfreundlichere Gesellschaft formuliert.

Unsere Vorschläge basieren auf einem realistisches Finanzierungsmodell, denn wir halten die milliardenschweren Versprechungen der CDU ohne Gegenfinanzierung für hohles Wahlkampfgeplänkel.

Denn jeder weiß, dass

- über 20 Mrd. Euro Familiengeld jährlich
- ein flächendeckender Ausbau der verlässlichen Halbtagsgrundschule,
- Kinderbetreuungsfreibeträge
- steuerliche Anreize für Betriebskindergärten u.a.

allein durch die Hoffnung auf eine bessere Konjunktur nicht zu bezahlen sind.

Wir wollen das Leben mit Kindern fördern, statt den Trauschein. Deshalb fordern wir den Bund auf, das Ehegattensplitting zu reformieren und sich mit den dadurch „gewonnenen“ zirka 20 Mrd. Euro an der Finanzierung von Bildung und Betreuung zu beteiligen. Länder und Kommunen können diese große gesellschaftliche Aufgabe unter den jetzigen Bedingungen nicht länger alleine finanzieren.

Wir setzen auf die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von bis zu 100 Euro pro Kind - diese würde nahezu fünf Millionen Kindern und deren Eltern zugute kommen, die kein oder nur ein geringes eigenes Einkommen haben. Über 30 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren hätten darauf Anspruch, bei Gesamtkosten von zirka 5 Mrd. Euro jährlich.

Wir setzen unser Modell der Kindergrundsicherung dem Familiengeld der CDU entgegen. Das CDU-Modell verschlingt 20 Mrd. Euro, ohne soziale Gerechtigkeit zu schaffen und ohne das notwendige öffentliche Bildungs- und Betreuungsangebot für unsere Kinder zu verbessern. Die erneute Forderung der CDU nach einem Landeserziehungsgeld haben wir bereits im letzten Dezember abgelehnt: Viel input, wenig output und nicht bezahlbar.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden. Schon jetzt tragen sowohl die Neuregelung des Erziehungsurlaubs, als auch der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit zu einer Verbesserung bei. Hinzukommen muss die Abzugsfähigkeit der Betreuungskosten ab dem ersten Euro und eine verfassungskonforme Lösung für die steuerliche Berücksichtigung für den besonderen Bedarf von Alleinerziehenden.

Wir fordern aber auch, im Gegensatz zur CDU, eine neue Wertediskussion in unserer Gesellschaft. Denn wir erwarten viel von unseren Kindern, ohne dies auch vorzuleben:

- Kinder und Jugendliche sollen keine Gewalt anwenden, aber in vielen Familien findet Gewalt statt und die Nachrichten berichten täglich von brutalster Gewalt - zum Teil sogar politisch legitimiert.

- Sie sollen ihre Mitmenschen achten, aber der Ausländerhass nimmt europaweit zu.
- Wir leben üppig, während täglich überall auf der Welt Kindern verhungern.
- Sie sollen die Natur achten, aber wir versiegeln unsere Landschaften und nehmen dafür ein rasantes Artensterben in Kauf.

Über diese Werte müssen wir reden, und darüber, wie trotz all dieser Widersprüche eine Generation heranwachsen kann, die unsere demokratischen Werte anerkennt und den Willen hat, eine friedliche Welt unter Achtung der Menschenrechte zu schaffen.

Kinderfreundlichkeit im Alltag ist Werteerziehung: Demokratische Beteiligung, Umweltbildung und Unterstützung für Familien gehören dazu.

Die rot-grüne Bundesregierung hat viel auf dem Weg zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft geschafft, weitere Schritte müssen folgen.

Schleswig-Holstein ist ein junges, dynamisches Land. Mit unserer Jugenddemokratiekampagne, mit der Förderung von Kindertagesstätten und mit unserer Bildungspolitik messen wir uns gerne mit anderen Bundesländern.

Und dennoch wollen wir noch mehr tun: Denn Kinder sind unser Schatz, wenn wir ihn heben, ist es ein Gewinn für die ganze Gesellschaft.
